

Grenzüberschreitend fördern, nachhaltige Investitionen finanzieren

Die Rahmenbedingungen für den Tourismus könnten unterschiedlicher kaum sein. Auf der einen Seite boomt der Tourismus in Großstädten. In vielen, vor allem ländlichen Regionen Deutschlands hingegen stagnieren die Übernachtungszahlen. Dennoch: Zweidrittel der statistisch erfassten Übernachtungen finden in den Landkreisen statt. Gerade dort zeigen sich aber eklatante Engpässe bei der Finanzierung von touristischen Projekten, vor allem im Gastgewerbe.

Der Deutsche Landkreistag hatte jüngst eine Umfrage zur Organisation und Finanzierung der Tourismusförderung in Landkreisen durchgeführt. Die Ergebnisse wurden im Workshop zur Tourismusförderung und Finanzierung am 02.12.2011 durch Dr. Markus Mempel, den zuständigen Referenten beim Deutschen Landkreistag, vorgestellt. Demnach versteht sich ein Fünftel der Landkreise als eigenständige Destination. 80 Prozent der Landkreise sind der Auffassung, das jeweilige Reisegebiet geht über die Kreisgrenzen hinaus oder ist ein Teil davon. Bei dem Großteil ist in diesem Zusammenhang das Bewusstsein vorhanden, zur Destinationsentwicklung grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten, zum Beispiel bezogen auf das Marketing. Ebenfalls knappe 20 Prozent geben an, hier eine fehlende Kooperationsbereitschaft als Hemmschuh der Vermarktung zu sehen. Das größte Problem ist aber die Finanzierung; sowohl auf Bundes-, Länder- wie auch auf kommunaler Ebene.

Für die Tourismusförderung stehen den Landkreisen durchschnittlich 390.000 Euro pro Jahr und Kreis zur Verfügung. Dabei liegen die Werte jedoch zum Teil erheblich auseinander. In einigen Landkreisen sind es lediglich 10.000 Euro. Aber auch die Tourismusbetriebe haben gerade im ländlichen Raum mit geringen Budgets zu operieren. Kein Wunder also, dass der Investitionsstau in der Tourismusbranche, der den Charme der 1970er Jahre in vielen Destinationen Deutschlands unverhohlen zeigt, ein großes Problem darstellt. In drei Vierteln der Landkreise besteht starker bzw. mäßiger Investitionsstau (27 Prozent stark, 47 Prozent mäßig). Fehlende Investitionen betreffen dabei allerdings nicht primär die öffentliche Infrastruktur. Das wurde von nur 37 Prozent bemängelt. Die Beherbergungsbetriebe stellen mit 78 Prozent und die Gastronomie mit 60 Prozent die weitaus größeren Probleme dar. Der Hintergrund: Die Eigenkapitalquote in der Branche, insbesondere vieler Hoteliers, ist gering. Sie liegt laut Tourismus-Sparkassenbarometer 2011/2012 bei durchschnittlich 2,8 Prozent und damit deutlich unter Vergleichswerten wie dem Dienstleistungssektor mit 19,1 Prozent. Die Kreditwürdigkeit ist damit häufig nicht gegeben. Nötige Investitionen, wie beispielsweise in energetische Sanierung, die Ökologie und Ökonomie vereinen, können nicht getätigt werden. Auch lukrative Programme von Förderbanken sind damit oftmals nicht erreichbar. Innerhalb der Workshops wurde dabei noch einmal eindringlich auf die Probleme, die sich mit den Hausbanken ergeben, hingewiesen. Hier sind oftmals die Sparkassen erster Ansprechpartner, von öffentlicher jedoch viel stärker als von privater Seite. Die großen Probleme bei den finanziellen Rahmenbedingungen drücken auch auf die Nachfolgeregelung und haben damit Auswirkungen auf die Regionen, in denen demografischer Wandel und Kaufkraftverlust die Strukturschwäche der Räume verstärken.

Das Geld, das durch die Branche generiert werde, bleibt oftmals nicht nur nicht in der Region, sondern auch zum großen Teil nicht innerhalb der Branche beziehungsweise der sie tragenden



Strukturen. In diesem Zusammenhang wünschten sich die Teilnehmer des Workshops mehr Flexibilität für die Unternehmen, beispielsweise in der Debatte um Bettensteuern/Kulturförderabgaben. Einig war man sich mit Blick auf eine zu entwickelnde grüne Position hierzu, dass nur eine Abgabe in Frage käme. Eine Steuer in der ohnehin schlechten finanziellen Lage der Unternehmen sei nicht zielführend. Würden durch eine Abgabe Impulse oder Erhalt der touristischen Infrastruktur finanziert, würde sich die Branche darauf eher einlassen. Ein gutes Beispiel dafür liefert die Stadt Nürnberg: Hier gibt es einen auf Freiwilligkeit beruhenden Fonds, auf den man sich konsensual geeinigt habe, um die touristische Infrastruktur durch kommunale Einnahmeverluste nicht zu schwächen und zielgerecht investieren zu können. Einigkeit bestand auch darin, dass hier zwischen Stadt und Land differenziert werden müsste: In ländlichen Räumen wird eher die Gefahr gesehen, touristische Potenziale zu unterbinden. In den großen Wachstumsmärkten, also vor allem im Städtetourismus in Metropolen wie Berlin und Hamburg, sei eine Abgabe hingegen durchaus in Betracht zu ziehen. Auch hier komme es sehr auf die Marktentwicklung und die vorhandenen Strukturen an. Die unterschiedliche Handhabung und die Differenzierung zwischen Sonderabgabe auf der einen und Steuer auf der anderen Seite verursacht oftmals Ärger. Auch vom Reisenden aus gedacht – so die Diskussion - ist die derzeitige Entwicklung problematisch. So werden Steuern und Abgaben manchmal auf den Brutto-, manchmal auf den Nettopreis erhoben, mancherorts würden feste Beträge (1-4 € pro Übernachtung und Bett), anderswo wiederum relative Beträge (beispielsweise 5 % auf den Übernachtungspreis) aufgeschlagen. Im Rahmen einer Bund-Länder-Kommunen-Koordinierung könnte nach Ansicht einiger Diskussionsteilnehmer über den damit verbundenen bürokratischen Mehraufwand konstruktiv diskutiert werden. Dabei müsse die kommunale Selbstverwaltung stets gewahrt werden. Ziel grüner Politik ist es, eine konsistente Linie aufzuzeigen. Gerade für Geschäftsreisende muss es möglich sein, Reisekostenabrechnungen einfach und ohne viel Aufwand erledigen zu können.

Eine andere, erfolgsversprechende Variante zur Förderung touristischer Infrastruktur stellen die Themen Elektromobilität sowie Regionalbudgets im Rahmen der Regionalpolitik dar. Letztere sind vor allem aus standortpolitischer Perspektive sehr sinnvoll. Damit wird den Regionen überlassen, wo Förderschwerpunkte gelegt werden: ob im Tourismus, der Landwirtschaft, der Industrie oder anderen Sektoren. Denn nicht jede Region verspricht auch gleich touristisches Potenzial und nicht überall lässt sich durch den Tourismus eine nachhaltige Entwicklung implementieren. Ein Beispiel dafür liefert Niedersachsen. Hier wurden bereits regionalisierte Teilbudgets eingeführt.

Hintergrund zum Referenten: Dr. Markus Mempel

- Dr. Markus Mempel 1976 in Ludwigsfelde (Brandenburg) geboren
- Von 1996 bis 2000 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Potsdam
- Von 2001 bis 2003 absolvierte er in Potsdam, Speyer und Südafrika das Referendariat
- Seit 2003 ist er beim Deutschen Landkreistag als Referent beschäftigt.
- Er ist dort für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie für die Bereiche Ländlicher Raum, Demografischer Wandel, regionale Wirtschaftsförderung sowie Tourismus zuständig.
- zuletzt Publikation: **Organisation und Finanzierung der Tourismusförderung in Landkreisen**

